

# Stettiner Zeitung.

Preis der Zeitung auf der Post vierteljährlich 16 Sgr., mit Landbriefträgergeld 18 1/2 Sgr., in Stettin monatlich 4 Sgr., mit Postlohn 5 Sgr.

Druck und Verlag von  
R. Grafmann,  
Stettin, Kirchplatz Nr. 8.  
Inserate: Die Petitzeile 1 1/2 Sgr.  
Annahme: Kirchplatz 3 bei R. Grafmann  
am (Schulzenstraße 17 bei D. S. L. Poppe.)

Nr. 253. Dienstag, 29. Oktober 1872.

## Landtags-Verhandlungen. Herrenhaus.

Sitzung vom 26. Oktober.

Am Ministertisch: Geheimrer Regierungs-Rath Persius, später Justizminister Dr. Leonhardt und Minister des Innern Graf zu Eulenburg.

Während der Debatte erscheint der Großherzog von Baden in der Hofloge.

Der Präsident Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Es folgt die Fortsetzung der Sozialdebatte über die Kreisordnung.

Nach kurzem Bericht des Referenten v. Kröcher rechtfertigt Geheimrath Persius die von der Kommission angenommene Regierungsvorlage. Selbstverwaltung und Autonomie seien zwei verschiedene Dinge. Die erste wolle die Regierung den Kreisen im vollsten Maße gewähren, die zweite dürfe nur durch Gesetz erfolgen.

Zachariae will den Kreisen auch die von der Regierungsvorlage gewährte Autonomie zugestehen und empfiehlt die Vorschläge der Kommission zur Annahme.

Professor Schulze stimmt mit dem von Zachariae Professoren völlig überein. Es sei dies einer der prinzipiellen Punkte der Kreisordnung. Es seien verschiedene Ansichten und Prinzipien darüber geltend gewesen. Nach der Ansicht des Redners sind die preussischen Provinzen nicht so organische Ganze, wie man gewöhnlich annimmt. Deshalb sei eine Provinzial-Gesetzgebung durchaus nicht angemessen, sondern nur eine Universal-Gesetzgebung wenigstens für die sechs östlichen Provinzen. Doch seien die berechtigten Eigentümlichkeiten in den Kreisen zu suchen; und deshalb könne sich Keiner durchaus nicht mit der Regierungsvorlage einverstanden erklären, weil sie, wie noch keine, der Autonomie nicht den mindesten Spielraum gewähre. (Bravo.) Deshalb solle man sich den Vorschlägen der Kommission anschließen. Allerdings gebe es einen Unterschied zwischen Selbstverwaltung und Autonomie. Wir wollen aber Bedenken. Im Mittelalter war die Autonomie die einzige Rechtsquelle; jetzt allerdings müsse die letztere den Staatsgesetzen gehorchen; doch ganz beseitigt dürfe sie nicht werden; sie bedürfe allerdings der königlichen Bestätigung, aber innerhalb dieser Grenzen müsse sie bestehen bleiben. Kein Ministerium, selbst nicht das der äußersten Rechten, könne sich den Bedürfnissen der Zeit entziehen und jedes müsse mit einer Kreisordnung kommen. Deshalb, meine Herren, lassen Sie diese Gelegenheit nicht vorübergehen. (Bravo!)

Graf Rittberg erklärt sich gleichfalls für die Kommissionsvorschläge.

v. Kleist-Regow empfiehlt zwar ebenfalls die Kommissionsvorschläge, erklärt sich aber gegen die Ausführungen des Prof. Schulze.

v. Winter stimmt zwar mit den Ansichten des Herrn Schulze und Graf Rittberg überein, vermag aber ihren Ausführungen nicht zu folgen. Er weist die Herren darauf hin, welchen bedenklichen Weg sie eingeschlagen haben, wenn sie die Anträge der Kommission verteidigen. Er könne nur raten, die vom Abgeordnetenhaus angenommene Regierungsvorlage auch hier anzunehmen.

Graf zu Eulenburg erklärt sich für die Vorlage des Abgeordnetenhauses.

Herr Baumstark ist zwar im Allgemeinen für die Ausführungen des Prof. Schulze, muß ihn aber in diesem Falle bekämpfen.

Nachdem sich noch Herr v. Kleist-Regow und der Regierungskommissar v. Persius an der Debatte betheiligigt haben, wird der §. 20 in der Kommissionsvorlage angenommen.

Die §§. 21 und 22 werden ohne wesentliche Debatte angenommen nach den Vorschlägen der Kommission.

Zu §. 23 ist ein Amendement v. Baumstark statt des §. 23 zu setzen:

„Die Gemeindevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeinde-Versammlung beziehungsweise Gemeinde-Vertretung aus der Zahl der stimmberechtigten Gemeindeglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.“

Bater und Sohn dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeinde-Vorstands sein.

Die Wahlen erfolgen nach näherer Vorschrift des diesem Gesetze beigefügten Wahlreglements.“

Referent Herr v. Kröcher spricht gegen den Antrag.

Herr Dr. Zachariae: Bei der Frage, ob die mit dem Besitz verbundenen Schulzenämter aufgehoben werden sollen, handelt es sich um wichtige Staatsprinzipien. Von dem Besitze allein soll die Ausübung eines so wichtigen Amtes abhängig sein. Hierin liegt ein großer Widerspruch mit dem Begriff „Amt.“ Die nächste Bedingung zur Uebernahme eines Amtes

ist doch die Fähigkeit dazu. Und nun noch der Umstand, daß sich das Amt mit dem Besitze auf die Nachfolger vererbt. Wo die Gemeinden die Autonomie haben, mögen sie den Besitzer zu ihrem Schulzen wählen. Das auf Besitz basirende Schulzenamt paßt nicht mehr auf unsere Zeit.

Graf Brühl polemisiert zunächst gegen die „Persius“ der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die ihm Worte in den Mund gelegt hat, welche er nie gesagt habe und wünscht das Schulzenamt zu erhalten, weil die gewählte Obrigkeit zum größten Theil eine sehr schwache sein wird. Es ist unpraktisch und gewagt, die Wahl den Gemeinden zu überlassen. Dies ist ein Geschenk an die Gemeinden, welches ihnen nur zum Nachtheil gereichen wird.

Professor Dr. Baumstark: Es ist mir unklar, warum die Wahlen nach einem von dem Minister des Innern zu erlassenden Wahlreglement erfolgen sollen, ein derartiges Verlangen hat nicht einmal die Regierung gestellt. Dies ist nicht zu vereinigen mit einer gedeihlichen Entwicklung der angebahnten Verhältnisse. Das Wahlreglement muß eine Zugabe zu dem Gesetz sein und kann nur durch das Gesetz abgeändert werden. Das Lehn- und Erbschulzenwesen laborirt an denselben Mängeln, wie die Patrimonial-Polizei. Ich gebe zu, daß es gut ist, die Söhne und Enkel für den künftigen Beruf als Schulze vorzubereiten und heranzubilden. Allein das Institut steht einmal in Widerspruch mit unseren verfassungsmäßigen Bestimmungen; es ist und bleibt nur eine Ausnahme innerhalb der großen Regel. Jedenfalls erreichen wir das, daß bei einer freien Wahl das bis jetzt übliche despotische tyrannische Wesen wesentlich beschränkt werden wird.

v. Senfft-Pilsach: Das Schulzen-Institut ist von der größten Wichtigkeit, ist, wie ich aus Erfahrung weiß, weithin vorzüglich besetzt und hat sich bis jetzt gut bewährt. Bei solchen Zuständen traue ich großes Bedenken, dieselben umzuwälzen. Ich bin daher gegen die Wahl der Schulzen. Außerdem schadet die Wahl unbedingt der Autorität.

Ober-Bürgermeister v. Winter-Danzig: Die Wahl schadet nicht, wie Herr v. Senfft-Pilsach sagt, der Autorität des Schulzen. Unsere Autorität, z. B. als Bürgermeister, wächst jedesmal mit der Wahl. Ich bin für absolute Befreiung der Lehn- und Schulzenämter. Meine Bedenken gegen Erhaltung dieses Institutes sind noch viel erheblicher, als gegen das Bestehen der gutsherrlichen Polizei. Ich habe in meiner Praxis dieses Institut als ein sehr unglückliches kennen gelernt. Ich habe gefunden, daß diese Lehn- resp. Schulzenämter noch mehr Gegenstände des Kaufs sind, als Rittergüter. Sie werden gekauft oft von respektablen Personen, die da glauben, das Gut wegen der auf ihm ruhenden Last billiger zu erstehen. Dem Herrn v. Senfft-Pilsach auf die Frage: ob die Autorität der Bürgermeisterei auch dann andauere, wenn sie bei der Wiederwahl nicht wieder gewählt würden, erwidert Herr v. Winter: „Die nicht wieder Gewählten brauchen ja keine Autorität.“ (Weiterkeit.)

v. Kleist-Regow: Das Wahlreglement des Professors Baumstark paßt nicht auf die einfachen Verhältnisse der Gemeinden. Dem Minister des Innern muß die Befugniß übertragen werden, ein derartiges Wahlreglement zu erlassen. Es durch Gesetz festzustellen, ist unpraktisch. Im Interesse der Gemeinden liegt es, um Erstere vor Ueberbürdung zu bewahren. Dies ist für uns das Entscheidende, das Fortbestehen dieses Institutes widerspricht keinesfalls der Verfassung, denn abschließlich ist aus derselben die Bestimmung, „daß Privilegien nicht mit dem Besitze verbunden sein sollen“, herausgekommen. Wenn die Autonomie der Gemeinde das Wahlrecht giebt, so müssen wir weiter gehen, indem wir den Gemeinden das Recht überlassen, ob sie das Verhältniß bestehen lassen wollen oder nicht. Bei großen Gemeinden, resp. Städten, haben derartige Wahlen weniger Bedenken, weil hier leicht die tüchtige Persönlichkeit herauszufinden ist. Anders bei kleinen Städten und kleinen Gemeinden. Ob die Autorität bis zur Wiederwahl dauern wird, das ist eine andere Frage. Ich möchte wohl einen Bürgermeister kennen lernen, der nicht, aus Furcht, nicht wiedergewählt zu werden, sich zu Konzessionen verstände, die er sonst mit seinem Gewissen für unvereinbar hielte. (v. Winter erlaubt sich darauf, Herrn v. Kleist in seiner Person einen derartigen Bürgermeister vorzustellen. (Große Weiterkeit.)

Nachdem der Regierungskommissar Persius sich für die Ablehnung des Kommissionsvorschlags und für Annahme des Baumstark'schen Antrages ausgesprochen, der Referent dagegen die Annahme des Kommissionsbeschlusses empfohlen, spricht

Minister des Innern Graf Eulenburg: Die Regierung muß die Vorschläge der Kommission geradezu für inacceptabel erklären. Das Aufrechterhalten der Lehnschulzen, auch nur theilweise, ist ein solcher Miß in das System des Gesetzes selbst, daß es

mit demselben völlig unvereinbar erscheint. Nach dem Gesetz soll die obrigkeitliche Gewalt ein Ausdruck der Staatsgewalt sein. In Folge dessen ist in dem Gesetz den Gutsbesitzern die obrigkeitliche Gewalt genommen worden. Ich wiederhole, die theilweise Aufhebung des Lehnschulzenamtes widerspricht so sehr dem System des ganzen Gesetzes in Bezug auf die Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt, daß die Regierung den ernstesten Einspruch dagegen erhebt.

v. Kleist-Regow: Daß dieser Vorschlag der Kommission dem Herrn Minister unannehmbar erscheint, bestreite ich gar nicht. Ich glaube, daselbe wird wohl auch bei den bisher vom Hause angenommenen Beschlüssen schon hier und da der Fall gewesen sein und ich hoffe und rechne darauf, daß wir noch recht viel Beschlüsse fassen werden, welche nach der Meinung des Herrn Ministers unannehmbar sein werden. Es wird sich ja dann nachher zeigen, wie die Regierung zu dem ganzen Gesetze steht, wenn erst das ganze Gesetz in seinem Zusammenhange vorliegt.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf das Amendement Baumstark mit 72 gegen 64 Stimmen abgelehnt und die §§. 23 und 36 in der Fassung der Kommission angenommen.

Daselbe geschieht mit den folgenden Paragraphen bis auf §. 46, dessen Berathung ausgesetzt wird bis zur Berathung derjenigen Paragraphen, die von der Befähigung der Gemeindebeamten durch die Regierung überhaupt handeln.

§. 26 handelt von der Verpflichtung zur Uebernahme von Gemeindeämtern und den Folgen einer ungerechtfertigten Ablehnung. Während die Regierungsvorlage die betreffenden Bestimmungen von den Kreisämtern einfach auf die Gemeindeämter überträgt, will die Kommission die bei den Kreisämtern vom Hause abgelehnte Geldstrafe bei den Gemeindeämtern so weit zulassen, daß die ohne Entschuldigung Ablehnenden für drei bis sechs Jahre auf ein Amt bis ein Viertel stärker, als die übrigen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden können. Der Paragraph wird in dieser Fassung angenommen.

Schlus 4 Uhr; nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Fortsetzung der Debatte.)

## Deutschland.

Berlin, 27. Oktober. Aus dem Etat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten haben wir hervorgehoben, daß wiederum die Aversional-Entschädigung an das deutsche Reich mit 30,000 Thlr. ausgesetzt ist. Ferner ist zu erwähnen, daß das Dienst-Einkommen des preussischen Gesandten in München um 2000 Thaler höher bemessen ist. Die Motive sagen darüber: „Das Dienst-Einkommen des Gesandten in München betrug bisher 13,000 Thlr. Auf die Unzulänglichkeit dieses Betrages ist von dem Gesandten bereits zu wiederholten Malen aufmerksam gemacht worden. Es ist bekannt, wie in den letzten Jahren überall, insbesondere auch in Süddeutschland die Preise aller Lebensmittel durch die fortwährende Entwerthung des Geldes gestiegen sind. Dazu kommt, daß der Gesandte in München nach Lage der dortigen Verhältnisse genöthigt ist, eine umfangreiche Repräsentation zu entwickeln. Es erscheint dringend wünschenswerth, daß er in den Stand gesetzt werde, dieses auch ferner zu können und daß, wie bisher, die preussische Gesandtschaft einen der Mittelpunkte des geselligen Verkehrs für Gebildete aller Kreise, für Anhänger jeder politischen Richtung ausmache, sowie daß der Gesandte mit den hohen und höchsten Schichten der Gesellschaft in den besten Beziehungen zu stehen fortfahre. Hierzu ist aber die Entfaltung einer größeren Repräsentation unbedingt erforderlich. Daß der Gesandte mit den ihm augenblicklich zur Disposition stehenden Mitteln zu einer solchen gänzlich außer Stande ist, bedarf des näheren Nachweises nicht.“

Gumbinnen, 26. Oktober. Wie amtlich hierher gemeldet wird, ist in Barßhau und Umgegend die Kinderpest ausgebrochen.

Frankfurt a. M., 26. Oktober. Aus Bern wird gemeldet, daß die russische Regierung die Auslieferung des Mörders Retshajeff bei der Bundesregierung in Erinnerung bringen wird. Der Bundesrath hat anerkannt, daß ein Mörder auszuliefern sei. Russischerseits scheint man geneigt zu sein, um den Gefühlen Rechnung zu tragen, in denen die Schweiz sich den Charakter einer politischen Freistadt bewahrt, von Retshajeff's politischen Verbrechen ganz abzusehen und ihn lediglich wegen Mordes vor die Gerichte zu bringen. Eine bezügliche Erklärung wird nicht vorenthalten, aber auf Grund derselben die Auslieferung wiederholt als ein Akt der Gerechtigkeit in Erinnerung gebracht werden.

Weimar, 26. Oktober. Heute Morgen ist hier Dittke von Göthe, die Wittve des einzigen

Sohnes Johann Wolfgang von Göthe's, mit Tode abgegangen.

Karlruhe, 26. Oktober. Der Präsident des Handelsministeriums, v. Dusch, hat gutem Vernehmen nach aus Gesundheitsrücksichten seine Pensionirung nachgesucht.

Ludwigslust, 26. Oktober. Des Kaisers Majestät wird morgen hier eintreffen und bis zum 30. d. am Großherzoglichen Hofe verweilen. Die frühere Bestimmung, wonach der hohe Besuch zur gedachten Zeit in Schwerin erfolgen sollte, ist in Folge der eingetretenen Trauer geändert worden.

## Unland.

Wien, 26. Oktober. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Konstantinopel meldet, ist der neuernannte Gesandte des deutschen Reichs, v. Kendl, heute dasselbst eingetroffen. Es kursiren abermals Gerüchte von Veränderungen im Ministerium.

Dresden, 26. Oktober. Gestern sind hier fünf Cholerafälle mit tödtlichem Ausgange vorgekommen.

Der Bischof von Freiburg hat der diesseitigen Regierung die Mittheilung gemacht, daß er auf die Funktionen und den Titel eines Bischofs von Genf verzichte.

Paris, 26. Oktober. Das Handelsgericht hat heute in der Sache der „Messagerien“ gegen die Suezkanal-Gesellschaft — welcher von den ersteren das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Tarifänderungen in den Schiffabgaben eintreten zu lassen, bestritten wurde — sein Urtheil gefällt und zu Gunsten der „Messagerien“ erkannt. Es heißt, daß gegen das Urtheil Appellation eingewendet werden solle.

Newyork, 12. Oktober. Im Interesse der Moral und des Ansehens ist es erfreulich, daß der Präsidenschafts-Streit in den Vereinigten Staaten beinahe zu Ende ist. Würde er noch einen Monat länger dauern, so steht zu befürchten, daß es in den Vereinigten Staaten nicht einen einzigen Staatsmann geben würde, der nicht irgend eines Vergehens gegen die Gerechtigkeit überführt worden ist. Man mag vergebens in der Geschichte blättern, um fürchterlichere Bilder von Laster und Verbrechen zu finden, als jene, welche von den Newyorker Journalen jetzt alltäglich als Darstellungen des gegenwärtigen Zustandes der Amerikanischen Gesellschaft gebracht werden. Wenn man diesen Journalen glauben darf, sind die ersten Männer in der Partei hoffnungslos, gottlos und verderbt, und die Mehrzahl derselben sollte von Rechts wegen im Zuchthaus sitzen. Eine Klasse dieser Journale hat entdeckt, daß Präsident Grant „ein Wirthshausbummel“ und ein „vielspacher Trunkenbold“, der jeder Bestechung, die ihm angeboten wird, zugänglich ist, alle Verwandte seiner Frau in fette Aemter eingesetzt hat, und der die anderen Stellen, die er zu vergeben hat, dem höchsten Bieter verkauft. Senator Henry Wilson, der republikanische Candidat für die Vice-Präsidentschaft, der viele Jahre lang schlauer Weise die Maske eines christlichen Patrioten getragen haben soll, ist nun, der Entdeckung derselben Journale zufolge, ein vorzüglicher Bliener und ein verächtlicher Kriecher.“ General Grants Gegenandidat, Mr. Greeley, ist der Trunkenheit bis jetzt noch nicht beschuldigt worden, aber sein Mit-Candidat für die Vice-Präsidentschaft, Mr. Brown, wird als „ein gewohnheitsmäßiger Trunkenbold“ geschilbert, während jüngste Untersuchungen der Privatangelegenheiten Greeley's ergeben haben, daß er außer „ein politischer Renegat“ ein Mitglied „einer Firma von notorischen Schwindlern, die sich mit der Tabakfabrikation beschäftigen“, ist, und daß er einst einen der korrupten Richter der Newyorker Gerichte zur Erlassung eines betrügerischen Befehls bestach, um die Auszahlung einiger Aktien, die ihm für nichts gegeben worden, zu erzwingen. Mr. Greeley hat versprochen, im Falle seiner Erwählung zum Präsidenten Senator Fendens aus Newyork zu seinem Schatz-Sekretär zu machen, und es ist ermittelt worden, daß dieser Herr in seiner Jugend „des Diebstahls überführt wurde und dem Zuchthaus nur die Gnade des Mannes, den er bestohlen, entging“, daß er in späteren Jahren Brandstiftung verübte, „sein eigenes Haus anzündete, um die Versicherungsgesellschaft zu betrügen“, daß er als Congreßmitglied seine Boten jedem „Ring“ überließ, der sie für barees Geld kaufen wollte, und als Gouverneur von Newyork den Fremden von Verbrechen im Zuchthaus Pardons zum Preise von 50 bis 5000 Dollar verkaufte. General Hartman, der sieben durch eine überwältigende Majorität zum Gouverneur von Pennsylvania gewählt worden, errang diesen Triumph trotz der Thatfache, daß er, als er Auditor dieses Staates war, die Erträge einer Betrügerei gegen den Staatsschatz mit einem Schwindler theilte und mit einem anderen geschwindig mit den Staatsfonds spekulirte. Die Schwindler wurden überführt und ins Zuchthaus geschickt, doch nicht, bevor sie die Geschichte ihrer Verbrechen enthüllt hatten; aber am Vorabend ihrer Wahl





